

Deutscher
Gewerkschaftsbund
Baden-Württemberg

DGB

Rede Kai Burmeister

Vorsitzender DGB Baden-Württemberg

am 1. Mai 2025 in Heidelberg

Es gilt das gesprochene Wort.



Liebe Kolleginnen und Kollegen,
manchmal sind Sätze sehr verräterisch.

„Mal zwölf Stunden arbeiten, wo ist denn da bitte das Problem?“ - solchen Aussagen zur Arbeitszeit sind verräterisch.

Solche Sätze sind sicher schnell in einer Talkshow gesagt.

Sie sind verräterisch, weil so was nur sagen kann, wer keine Ahnung von der Realität im Krankenhaus und in der Fabrik hat.

Oder anders gesagt: Wer so was daher schwadroniert, geht bestimmt oft Essen, hat aber noch nie in der Gastro gearbeitet.

Wir lassen es uns nicht gefallen, wenn wir Beschäftigte als zu faul und zu teuer beschimpft werden.

Gute Löhne, sichere Jobs, faire Arbeitszeiten – das sind unsere Erfolge.

Die haben wir gemeinsam erkämpft.

Und genau die lassen wir uns nicht nehmen.

Direkt nach dem Ersten Weltkrieg - vor 107 Jahren - wurde der Acht-Stunden-Tag Gesetz.

Dafür haben mutige Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter hart gekämpft.

Der Acht-Stunden-Tag war ein Sieg gegen jene, die uns Beschäftigte in der Fabrik verschlissen haben – zehn, zwölf oder vierzehn Stunden am Tag.

Worum geht es?

Unsere Lebenszeit gehört nicht den Bossen.

Die Zeit gehört uns Beschäftigten.

Die kommende Bundesregierung schafft den Acht-Stunden-Tag als Standard ab – so der Koalitionsvertrag.

Müssen Beschäftigte, die keine starke Gewerkschaft im Rücken haben, künftig 13-Stunden-Schichten schaffen?

Das wäre ein krasser Rückschritt hinter die alte Losung:

“Acht Stunden Arbeit - acht Stunden Schlaf - acht Stunden Freizeit.”

Geregelte Arbeitstage sind die Grundlage für gesunde Arbeitszeiten und für weniger Arbeitsunfälle.

Es ist absurd, dass gerade die Vereinbarkeit ins Feld geführt wird, um gegen die tägliche Höchstarbeitszeit zu wettern.

Das Arbeitszeitgesetz ist unser Schutzgesetz.

Es schützt uns Beschäftigte vor noch mehr Arbeitsverdichtung und es schützt von Arbeiten bis zum Umfallen.

An die Herren Merz und Klingbeil: Nicht mit uns!

Wir werden hart für gesunde Arbeitszeiten kämpfen.

Die rote Karte zeigen wir auch denen, die Feiertage streichen und die Lohnfortzahlung einschränken wollen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Arbeitgeber probieren es immer und immer wieder. Manch einer will das Rad der Geschichte zurückdrehen.

Angriffe auf das Streikrecht kommen immer wieder, wenn Beschäftigten für ihre Interessen eintreten.

An die Adresse aller Arbeitgeberverbände:

Hände weg vom Streikrecht!

Zu streiken ist unser gutes Recht.

Das lassen wir uns nicht wegnehmen.

Wir sind die soziale Gestaltungsmacht in diesem Land.

Wir haben dafür gesorgt, dass die Löhne von mehr als 20 Millionen Beschäftigten gestiegen sind –

deutlich über der Inflation!

Das ist unser Erfolg!

Dafür habt sich viele von euch eingesetzt, Überzeugungsarbeit geleistet und - wenn es notwendig war - auch gestreikt.

Im Baugewerbe hat die IG BAU 17,1 Prozent mehr Geld rausgeholt.

Ver.di hat zusammen mit IG BAU, GdP und GEW eine erfolgreiche Tarifrunde hingelegt.

Die Tarifrunde im öffentlichen Dienst war eine extrem schwierige Auseinandersetzung.

Über Monate waren die Arbeitgeber im knüppelharten Blockademodus.

Für 2,5 Millionen Beschäftigte konnten Verbesserungen erreicht werden.

Es zeigt sich: Lohnzuwächse sind möglich, eben weil wir entschlossen sind, auch wenn uns Gegenwind ins Gesicht bläst.

Die IG BCE hat einen zusätzlichen freien Tag für Gewerkschaftsmitglieder erkämpft, genauso wie die IG Metall bei Mercedes.

Wir können Tariferfolge erzielen!

Aber wisst ihr, was mich so richtig ärgert?

Nur noch jede und jeder zweite Beschäftigte profitiert von Tarifverträgen. Die anderen stehen im Regen.

Es ist Zeit für eine Tarifwende!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

unsere Industriegewerkschaften sind entschlossen und kämpfen für jeden Arbeitsplatz.

Im März haben wir mit mehr als 80.000 Kollegen für die Zukunft unserer Industrie demonstriert.

Für Investitionen statt Jobkahl Schlag, darum ging's.

An diesem Tag war ich in Stuttgart dabei!

Die Stadt war in Rot gehüllt, das hat Spaß gemacht und viele auch motiviert.

Diese Motivation werden wir brauchen. Die Zeichen stehen auf Sturm in vielen Betrieben.

Tausende Arbeitsplätze stehen auf der Kippe. Tausende sind schon verlagert worden, noch mehr sollen folgen.

Die Arbeitgeber lassen die Beschäftigten für ihre Fehlentscheidungen bluten.

Das ist ein Skandal! Nicht wir Beschäftigte sind schuld an der Krise.

Versagt haben die Herren und die wenigen Damen in den Vorstandsetagen.

Nicht die Belegschaften bei ZF, bei Bosch, bei Audi oder den vielen anderen Betrieben haben Mist gebaut.

Meine Aufforderungen an die Arbeitgeber:
Hört auf mit Euren kruden Plänen zum Jobabbau.

Macht Euren Job und seid keine Abrissbirne für Arbeitsplätze, Wirtschaft und Wohlstand.

Her mit einer Arbeitsplatzgarantie! Arbeit vor Rendite!

Seid euch sicher: Wir werden um jeden Arbeitsplatz kämpfen – in den Betrieben, auf der Straße und gegenüber der Politik.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

nächste Woche will sich Friedrich Merz zum Bundeskanzler wählen lassen.

Geben wir den Neuen ein wenig Zeit. Doch schon jetzt ist Vertrauen verspielt worden.

Es ist eine Ohrfeige für uns Beschäftigte, den höheren Mindestlohn in Frage zu stellen.

Aber noch einmal grundsätzlicher zur Lage im Land:

Wir werden nicht von einer Koalition mit Neoliberalen oder gar mit Rechtsextremisten regiert.

Als Gewerkschafter werde ich alles dafür tun, dass Rechtsextremisten niemals wieder Macht in diesem Land bekommen.

Es ist die Aufgabe aller Demokratinnen und Demokraten, die Brandmauer stabil zu halten.

Es ist die historische Aufgabe der Union, ein Bündnis mit Rechtsextremisten für immer auszuschließen.

Jede Form von Zusammenarbeit macht die Rechten salonfähig.

Die AfD steht gegen alles, wofür wir als Gewerkschaft stehen.

Traurig, dass im Bundestag die Rechtsextremisten so stark sind.

Gut so, dass sie keinen Zugriff auf die Regierungsmacht haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

auch um Rechtsextremismus zu bekämpfen, muss Schwarz-Rot nun liefern.

Im Koalitionsvertrag konnten wir einiges Richtige durchsetzen. Wichtiger als Papier ist wahrscheinlich die wichtige Frage der Haltung.

Herr Merz, wollen Sie der Kanzler für alle hart arbeitenden Menschen sein?

Oder wollen Sie ein Lobbyist für die Reichen und Mächtigen sein?

Sie können sich entscheiden. Verscherzen Sie es sich nicht mit den Menschen und den Gewerkschaften im Land.

Mit einer BlackRock-Denke wird dieses Land in keine gute Zukunft geführt werden können.

Vermutlich hat jede und jeder von euch sehr berechtigte Kritik an Schwarz-Rot.

Die habe ich auch.

Gerade deshalb gilt unser Motto „Mach Dich stark mit uns“.

Drehen wir mit Druck und Widerstand die Dinge in die richtige Richtung.

Dennoch: Der Koalitionsvertrag trägt eine deutlich soziale Handschrift, die wir Gewerkschaften durchgesetzt haben.

Drei zentrale Punkte:

Erstens: Das Bundestariftreuegesetz kommt. Gut so!

Wir brauchen mehr Ordnung auf dem Arbeitsmarkt.

Das geht nur mit mehr Tarifbindung!

Kein Steuergeld für Dumpinglöhne!

An die Adresse der Landesregierung:

Baden-Württemberg muss jetzt auch ein echtes Tariftreuegesetz auf den Weg bringen.

Zweiter Punkt ist die Rente und damit der Respekt vor der Lebensleistung nach einem langen Arbeitsleben.

Zwar ist die nötige Erhöhung des Rentenniveaus nicht im Koalitionsvertrag zu finden.

Ein stabiles Rentenniveau ist wichtig und richtig. Das ist keineswegs selbstverständlich.

Die abschlagsfreie Rente für langjährig Versicherte soll unangetastet bleiben.

Wir Gewerkschaften werden weitermachen für ein solidarisches Rentensystem.

Wir haben viele Vorschläge, um die Solidarität zwischen den Generationen zu stärken.

Dritter Punkt: Das Investitionspaket.

Erinnert Ihr Euch, was Friedrich Merz im Wahlkampf zur Schuldenbremse gesagt hat?

Der CDU-Landeschef Manuel Hagel pochte sogar auf eine Ewigkeitsgarantie für die Schuldenbremse.

Doch in Berlin hat die Vernunft gesiegt!

Union und SPD haben den Befreiungsschlag gewagt.

Mit dem Sondervermögen für die Modernisierung der Infrastruktur kann unser Land richtig vorankommen.

Es geht um Infrastruktur, vor allem geht es um sichere Arbeitsplätze, es geht um mehr soziale Gerechtigkeit.

Nur die Reichen können sich einen kaputten Staat leisten.

Aber auch sie leiden unter einer Infrastruktur, die aus dem letzten Loch pfeift.

Unser Alltag muss wieder spürbar besser und verlässlicher werden!

Wir werden sehr scharf darauf schauen, dass die Milliarden an den richtigen Stellen eingesetzt werden.

Diese Investitionen müssen jetzt schnell kommen: in Schiene und Straße, in Digitalisierung und vor allem in Klimaschutz.

Europa erwärmt sich von allen Kontinenten am schnellsten.

Wir brauchen mehr Tempo beim Ausbau erneuerbarer Energien, um klimaneutral zu werden.

Für die Verkehrswende brauchen wir eine leistungsfähige und verlässliche Bahn.

Wir brauchen den großen Aufbruch bei der Bildung!

In einem reichen Land wie Deutschland darf es keine Frage des Glücks sein, ob ein Kind gute Bildung bekommt.

Es ist ein Skandal, dass der Bildungserfolg stark vom Elternhaus abhängt.

Während Milliarden in die Rüstung fließen, fehlen an unseren Schulen Lehrkräfte, vernünftige Toiletten und kostenfreie Tablets.

2026 kommt der Rechtsanspruch auf Ganztagesbetreuung.

Doch die Vorbereitung darauf ist ein einziges Desaster.

Selbst das Zukunftsthema Bildung steht unter Finanzierungsvorbehalt.

Obwohl es keine bessere Investition gibt als in die kommende Generation.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

im Weißen Haus regiert ein aggressiver-faschistoider Präsident, und im Kreml ein
Kriegsverbrecher.

Und die chinesische Kommunistische Partei ist getrieben von Dominanzstreben in
Wirtschaft und Politik.

In solch verrückten Zeiten in der Welt brauchen wir mehr Stabilität bei uns!

Stabilität gibt es nur, wenn es spürbare Perspektiven gibt.

Wenn wir Vertrauen in unseren Zusammenhalt haben, wenn das Land funktioniert.

Wie ist es darum bestellt?

Diese Rede habe ich mit meiner Kollegin im Zug vorbereitet.

Eine Frau hörte uns zu, wir kamen ins Gespräch:

Sie sagte, sie sei von 20 Jahren nach Deutschland gekommen.

Sie hat uns mitgegeben, dass die Voraussetzungen in diesem Land eigentlich gute
sind.

Recht hat sie - und gleichzeitig ist nicht alles gut.

Wir laden alle Unzufriedenen ein, es zusammen mit uns besser zu machen.

Mach Dich stark mit uns!

Mehr Vertrauen muss sich die neue Bundesregierung erarbeiten.

Es geht schon lange nicht mehr gerecht zu in diesem Land.

Die Menschen spüren das, sie erleben es jeden Tag.

Um Gerechtigkeit und Respekt geht es bei der Frage, ob man von seiner Arbeit leben
kann.

Der Mindestlohn muss deutlich steigen. Die 15 Euro müssen kommen.

Besonders die Kolleginnen und Kollegen bei Amazon, auf dem Spargelfeld und in
der Gastro brauchen das.

Schluss damit, dass Arbeitgeber an Löhnen sparen, um ihre Gewinne zu steigern.

Wusstet ihr, dass 800.000 Menschen Vollzeit arbeiten und zusätzlich Bürgergeld
bekommen, weil die Löhne so mickrig sind?

Was für eine unnütze Subvention.

Allein bei uns - im als wohlhabend bezeichneten Baden-Württemberg - wird ein Fünftel der Beschäftigten von den 15 Euro Mindestlohn profitieren.

Wir alle profitieren von fairen Löhnen, von mehr Kaufkraft und einer höheren Binnennachfrage.

Das wissen die Beschäftigten, und auch ein kluger Unternehmer erkennt das.

Der neue Finanzminister darf nicht da weitermachen, wo Herr Lindner aufgehört hat.

Mehr Verteilungsgerechtigkeit darf kein Lippenbekenntnis sein!

Habt ihr etwas gehört von einer Reform der Erbschaftsteuer oder gar von einer Vermögensteuer?

Fehlannonce, im Koalitionsvertrag klaffen große Lücken.

Die Politik muss sich die Milliarden endlich dort holen, wo sie liegen!

Es muss Schluss sein mit der Steuerentlastung für Vermögende.

Das reichste Prozent in Deutschland besitzt allein rund 30 Prozent des gesamten Vermögens.

Die Überreichen zahlen zu wenig Steuern.

Ein Millionär hat eine deutlich geringere Steuer- und Abgabenquote als ein durchschnittlich verdienendes Ehepaar.

Die Vermögensteuer wird seit bald 30 Jahren nicht mehr erhoben.

Allein das macht die öffentliche Hand jeden Tag ein Stückchen ärmer.

Wisst ihr, wie viel uns Betrugereien beim Bürgergeld kosten?

Knapp 300 Millionen Euro.

Steuerhinterziehung kostet uns dagegen mindestens 100 Milliarden.

Aber in Talkshows wird lang und breit über die ach so faulen Bürgergeldempfänger gelabert.

Schwarz-Rot will Missbrauch von Leistungen verhindern.

Okay. Am Ende werden die Kinder bestraft, deren Eltern einen Termin beim Amt versäumt haben.

Die Verhältnismäßigkeit ist in dieser Debatte völlig verloren gegangen.

Die Faulen in unserer Gesellschaft sind die verwöhnten Erbinnen und Erben, die oft eben oft nur Glück bei den Eltern hatten.

Die Managergehälter gehen durch die Decke - noch viel, viel stärker als die Unternehmensgewinne.

Der SAP-Chef Klein verdient sage und schreibe 19 Millionen Euro.

Ist das verdient oder ist das Profitgier pur!?

Öffentlich ist zu hören, wie schlecht es den Unternehmen geht.

Die Dax-Konzerne schütten dieses Jahr fast 61 Milliarden Euro an Dividenden aus.

Wer profitiert von dem Geldregen?

Die dicken Fische füllen sich die Bäuche weiter.

Her mit einer Vermögensabgabe.

Her mit einer ordentlichen Vermögenssteuer.

BlackRock ist an fast allen 40-Dax-Konzernen beteiligt.

Auch an der Vonovia. Vonovia? Da war doch was: Verdacht auf Korruption, horrenden Nebenkostenabrechnungen, und, und, und.

Warum um alles in der Welt muss ein Wohnungsunternehmen an der Börse sein?

Schon das ist vollkommen falsch.

Wohnen ist ein Grundrecht.

Ich kann es nicht mehr hören, wenn Politikerinnen und Politiker permanent sagen:

Die Wohnungsfrage ist die soziale Frage unserer Zeit.

Alles klar. Dann löst sie doch endlich!

Schafft mehr sozialen Wohnraum,

stärkt die gemeinnützigen Wohnungsunternehmen,

verbietet Indexmieten und fördert Azubi- und Studi-Wohnen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

am 8. März 2026 ist die Landtagswahl.

Der Wahltag fällt auf Frauentag und dieser Wink führt hoffentlich zu mehr Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern – bei allen Parteien.

Mehr Gleichberechtigung ist das Gebot der Stunde.

Ich verspreche euch: Wir mischen uns ein!

Wir sind die Bewegung, die für mehr Gerechtigkeit sorgt!

Die CDU hat ihren Wahlkampf eröffnet mit dem Slogan „Was Starkes starten“.

Wir müssen nichts Starkes starten! Wir sind schon stark!

Wir haben mehr Mitglieder als alle Parteien im Land zusammen.

Und wir wissen, wo wir hinwollen:

2030 sollen alle Baden-Württembergerninnen und Baden-Württemberger sagen können:

Wir leben in einem erfolgreichen und gerechten Land.

Am Geld kann die Gestaltung der Zukunft nicht mehr scheitern.

Jetzt braucht es den politischen Willen, auch in Baden-Württemberg muss endlich mehr investiert werden.

Wir haben die klugen Köpfe im Land.

Aber wir müssen alle Potenziale nutzen.

Jeder sechste junge Mensch in #theLänd hat keinen Berufsabschluss.

Viele hangeln sich von Job zu Job.

Wenn es schlecht läuft, sind sie die ersten, die auf der Straße stehen.

Wollen wir das – wo die Arbeitgeber lauthals nach Fachkräften rufen?

Ich möchte eine zweite Chance, für alle, die auch noch mit 30 oder 40 eine Berufsausbildung machen wollen.

Es darf keine Rolle mehr spielen, ob die Mutter oder der Vater in Elternzeit geht.

Kinder und Familie dürfen keine berufliche Sackgasse bedeuten.

Das muss auch in die Köpfe der Arbeitgeber rein.

Solidarität, Gerechtigkeit und Vielfalt, das sind unsere Werte.

Wir leben eine Willkommenskultur für alle Menschen –

egal, ob sie aus Heidelberg oder aus Homs kommen.

Wir stehen gegen Ausgrenzung, Diskriminierung und Rassismus.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

in einer Woche feiern wir den 8. Mai.

Der Tag der Befreiung jährt sich zum achtzigsten Mal.

Wir Gewerkschaften wissen um die Verbrechen der Nationalsozialisten.

Wir sind es den Ermordeten schuldig:
Nie wieder Faschismus!
Nie wieder Krieg!

Das ist unser Erbe, das ist die Lehre aus unserer Geschichte.

Nicht wir, die Deutschen, haben Europa von der Knute des Nationalsozialismus befreit.
Wir wurden befreit!

In Frankreich, in Tschechien, in der Slowakei ist der 8. Mai ein Feiertag.

Noch nie in der Bundesrepublik stand die Demokratie so stark unter Druck wie heute.

Wäre es nicht an der Zeit, dass auch bei uns der 8. Mai zum Feiertag wird? Ich bin dafür!

Der 8. Mai könnte ein Tag sein, an dem wir unsere Demokratie feiern, den Einsatz von vielen für die Gemeinschaft und für das Ehrenamt.

Viele Menschen engagieren sich. Dies müssen wir mehr wertschätzen.

Ein 8. Mai als Feiertag, als „Tag der Befreiung“, als „Demokratietag“ wird unseren Zusammenhalt stärken.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir Gewerkschaften haben immer für mehr gekämpft als für faire Löhne.

Wir sind eine Bewegung für Demokratie.

In diesem Sinne verstehe ich auch die Betriebsratswahlen im nächsten Jahr.

Es geht um ein Stück Demokratie, Mitbestimmung und Beteiligung in den Betrieben.

Danke an all diejenigen, die sich engagieren und einbringen.

Einladen möchte ich alle, sich 2026 bei den Wahlen im Betrieb zu engagieren. So wird der Arbeitstag für viele Kolleginnen und Kollegen besser - ein lohnendes Ziel.

Es ist großartig, dass wir hier zusammen den 1. Mai feiern können!

Im schönen Heidelberg macht das besonders viel Spaß.

Bleibt mutig, bleibt kämpferisch!

Und sagt es euren Kolleginnen und Kollegen:

Jeder Tag ist ein guter Tag, um in eine Gewerkschaft einzutreten.

Übrigens, Tag für Tag treten in Baden-Württemberg 137 Menschen einer unserer acht Gewerkschaften bei.

Also mach mit. Mach Dich stark mit uns.

Für Solidarität, Gerechtigkeit und gute Arbeit für alle.